

4496/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Haller, Dolinschek, Dr. Graf, Koller, Madl und Kollegen haben am 17.7.1998 an mich eine schriftliche Anfrage mit der Nr. 4764/J betreffend "Programm der österreichischen EU - Präsidentschaft" gerichtet. Ich beehre mich, diese wie folgt zu beantworten:

ad 1

In Beantwortung dieser Frage darf ich auf die beiliegende Auflistung verweisen, in der - mit Stand 2. Juli 1998 - alle laufenden legislativen Vorhaben verzeichnet sind. Diese Aufstellung wird vom Europäischen Parlament in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat des Rats und der Europäischen Kommission erstellt und regelmäßig aktualisiert.

Die Aufstellung wurde durch eine Spalte "L" ergänzt, aus der ersichtlich wird, welche österreichischen Bundesministerien das jeweilige Dossier federführend wahrnehmen. Aufgrund der innerstaatlichen Ressortaufteilung kann ein EU - Dossier in die Zuständigkeit mehrerer Bundesministerien fallen. In diesen Fällen werden alle durch das entsprechende Dossier betroffenen Ressorts angegeben.

ad 2

Die oben zitierte Liste sowie aktuelle Detailinformationen über den Stand der einzelnen Dossiers können über den Internet - Server des Europäischen Parlaments abgerufen werden (Internet-Adresse: www.europarl.eu.int).

ad 3

Dem Vorsitzenden der Tagungen des Rates kommt vor allem auch eine vermittelnde und moderierende Funktion zu. Von maßgebender Bedeutung ist jedenfalls das Verhalten der EU - Mitgliedstaaten im Rat sowie der Europäischen Kommission. Das Verhalten dieser Akteure im EU - Rechtssetzungsprozeß läßt sich naturgemäß nicht präzise Vorhersagen. Angesichts der Fülle an möglichen Einflußfaktoren erscheint eine Beantwortung dieser Fragen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht seriös. Ich werde jedoch alles daransetzen, um die im beiliegenden offiziellen Arbeitsprogramm der österreichischen Präsidentschaft skizzierten Vorgaben zu realisieren.

ad 4

Der Arbeitsprozeß zur Realisierung der geplanten Agenden verläuft sehr konstruktiv und produktiv. Konkrete Probleme der Umsetzung der Dossiers können gegenwärtig nicht geortet werden.

ad 5 bis 7

Österreich setzt während seiner Ratspräsidentschaft in den Bereichen Jugend und Familie - einschließlich Senioren - folgende Schwerpunkte:

Jugend:

Neben der Verhandlung eines neuen, integrierten gemeinschaftlichen Jugendprogramms 2000 - 2004 sind die Themen "Mitbestimmung von Jugendlichen" und "Prävention" weitere inhaltliche Schwerpunkte. Vom 1. - 3. Juli 1998 fand der Jugend - Mitbeteiligungskongreß in Graz statt. Zum Thema Prävention wurde eine internationale Tagung und der "Life - Event der Europeers" vom 12. - 19. Juli 1998 in Obertrum veranstaltet.

Im Rahmen einer internationalen Fachtagung "Jugend und Prävention" vom 21. bis 23. Oktober 1998 in Linz werden PraktikerInnen und EntscheidungsträgerInnen Möglichkeiten primärpräventiver Maßnahmen in der Jugendarbeit diskutieren.

Familie:

Am 14. und 15. September 1998 bietet eine internationale Expertenkonferenz mit dem Thema: "Strategie für Europa - Vereinbarkeit von Familie und Beruf" die Möglichkeit, sich mit diesem weitreichenden Themenkomplex eingehend auseinanderzusetzen. Das Konferenzergebnis soll in die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Wien einfließen.

Senioren:

Der globalen demografischen Entwicklung trägt mein Ressort mit einer internationalen Fachkonferenz zum Thema "Altern in Europa: Solidarität zwischen den Generationen als Basis des sozialen Zusammenhalts" am 16. November 1998 in Wien Rechnung.

ad 8 und 9

Die Frist für die Umsetzung der Elternurlaubsrichtlinie wurde von der Europäischen Kommission um ein Jahr verlängert. Hintergrund ist eine Klage beim EuGH, die von der UEAPME (europäischer Dachverband der Klein- und Mittelbetriebe und des Handwerks) angestrengt wurde. Für die Umsetzung dieser Richtlinie ist das Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BMAGS) zuständig. Aus der Sicht meines Hauses ergeben sich keine Probleme bei der Umsetzung.

ad 10 und 11

Die Familienpolitik ist kein gemeinschaftlicher Politikbereich, sondern verbleibt in der Kompetenz der einzelnen Mitgliedstaaten. Zu den wenigen Richtlinien mit familienpolitischer Relevanz zählen die Elternurlaubsrichtlinie 96/34/EG - Umsetzung bis 3.6.1999 sowie die Teilzeitrichtlinie 97/81/EG - Umsetzung bis 20.1.2000. Die Umsetzung der beiden Richtlinien fällt in die Zuständigkeit des BMAGS.

Die Jugendprogramme "Europäischer Freiwilligendienst (1998-2000)" und das Programm "Jugend für Europa III" werden derzeit umgesetzt. Das Gemeinschaftliche Jugendprogramm 2000 - 2004 wird derzeit verhandelt und soll mit 1.1.2000 in Kraft treten.

ad 12

Wie bereits ausgeführt, lassen sich konkrete Fortschritte in einzelnen Dossiers aus heutiger Sicht kaum vorhersagen. Der Erfolg der österreichischen Präsidentschaft wird sich an der Summe der Ergebnisse in den Bereichen messen, die im zitierten Präsidentschaftsprogramm aufgelistet sind.

Anlage konnte nicht gescannt werden !!